Fuldaer Zeitung
Gegründet 1874

Ausgabe vom 17. September

KOLUMNE

Noch Markt- oder schon Planwirtschaft?

Hoffentlich gelingt es mir, Sie, liebe Leser, mit einem nicht so fröhlichen Ratespiel nachdenklich zu stimmen. Ich schildere Ihnen Entscheidungen, und Sie raten, ob diese von eher marktwirtschaftlichen oder eher sozialistischen Parteien getroffen wurden.

Erstes Beispiel: Die Regierung beschließt, dass die Mineralölkonzerne ab sofort einen bestimmten Anteil von einem Sprit verkaufen müssen, in den Pflanzenöl beigemischt werden muss. Das Produkt wird unter dem Namen E 10 auf den Markt gedrückt. Aber die Verbraucher wollen trotz aller Werbekampagnen keinen Ökosprit kaufen, wie das Zeug fälschlicherweise genannt wird. Doch das kümmert die Regierung wenig. Weil die Kunden das Gemisch nicht haben wollen, will die Regierung die Ölkonzerne mit einigen hundert Millionen Euro bestrafen. Frage: Ist das nun Staatswirtschaft oder Marktwirtschaft?

Zweites Beispiel: Die Regierung will, dass bis zum Jahre 2020 eine Million elektrisch angetriebene Autos verkauft werden. Noch ist die Nachfrage extrem gering, weil E-Autos sehr teuer sind und nur eine lächerliche Reichweite habe. Um das Staatsziel der E-Autos zu erreichen, verspricht die Regierung den sehr gut verdienenden Autokonzernen eine Milliarde Euro. Ob von Batterien oder Brennstoffzellen angetriebene Fahrzeuge die bessere Lösung zukunftsträchtiger Autos wären, wird somit nicht mehr von der Innovationskraft der Industrie und dem Verbraucher entschieden, sondern von der Regierung. Frage: Ist das Planwirtschaft oder Marktwirtschaft?

Drittes Beispiel: Unter dem Eindruck der Tsunami-Katastrophe in Japan schaltet die Regierung acht Nuklearreaktoren sofort ab, die restlichen bis 2022. Die Folge: Zwei Atomreaktoren in Frankreich und einer in Tschechien laufen jetzt für Deutschland, das den Atomstrom importieren muss. Frage: Belügt sich die Regierung selbst, wenn sie verkündet, das sei ein Ausstieg aus der Nuklearwirtschaft, oder belügt sie ihre Wähler, die glauben, aus ihren Steckdosen grünen Strom zu beziehen?

Viertes Beispiel: Die Regierung verspricht jedem Bürger, der in Windenergie, Sonnenenergie und Bioenergie investiert, dass er jede Strommenge unbegrenzt verkaufen kann und zwar zum Vielfachen des Marktpreises. Damit werden vor allem Dachbesitzer und kapitalstarke Bürger zu Lasten der geringer Verdienenden begünstigt. Das Ganze wird mit der Rettung der Welt begründet. Andere Möglichkeiten, zum Beispiel eine auf Wettbewerb beruhende Lösung für neue Energien, die effizienter wären, wird noch nicht einmal in Betracht gezogen. Frage: Erkennen Sie in der Energiepolitik noch einen Hauch von Marktwirtschaft, oder ist das Planwirtschaft pur?

Fünftes Beispiel: Die Regierung will, dass die Abgeordneten zustimmen, dass unser Land für über 250 Milliarden Euro Bürgschaften für andere europäische Staaten übernimmt, die noch sorgloser Schulden gemacht haben als wir. Von einem der Staaten, für den die gigantischen Summen gedacht sind, nämlich Griechenland, werden auf Konferenzen große eigene Anstrengungen verlangt. 50 Milliarden Euro soll der Verkauf von Staatseigentum bringen: So der Elektrizitätswerke, die zu 60 Prozent den griechischen Strom mit veralteten Braunkohlekraftwerken bestreiten, und der griechischen Staatsbahn, die bisher Milliardenverluste einfährt. Alles unverkäuflicher Staatsbesitz. Doch ihre Regierung sagt: Alles wird gut. Gleichzeitig nimmt sie eine gesamteuropäische Planwirtschaft in Kauf. Wer diesen Kurs nicht mitmacht, wird als Antieuropäer verleumdet. Frage: Eine Regierung, die glaubt, dass ihre verlogene Propaganda erfolgreicher sein kann als die Märkte, ist die für eine Marktwirtschaft noch tragbar?

Auflösung der Rätsel: Wenn Sie in Planwirtschaft und Staatsgläubigkeit das Heil der Republik suchen, dann können Sie mit unserer Regierung zufrieden sein. Sehen Sie aber in Markt und Eigenverantwortung die Zukunft, dann müssen Sie eine andere Regierung wählen – aber wer könnte das denn sein?